

Antrag

der Abgeordneten Bijan Djir-Sarai, Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Christian Dürr, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Peter Heidt, Torsten Herbst, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Oliver Luksic, Dr. Jürgen Martens, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Thomas Sattelberger, Christian Sauter, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Linda Teuteberg, Michael Theurer, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser und der Fraktion der FDP

Schutz durch Transparenz – Für eine internationale Taskforce zur Erforschung von Ursprung und Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Erkrankung COVID-19 wurde laut Medienberichten erstmals im November 2019 im chinesischen Wuhan nachgewiesen (<https://www.theguardian.com/world/2020/mar/13/first-covid-19-case-happened-in-november-china-government-records-show-report>). China hat gegenüber der WHO erstmals am 31. Dezember 2019 offiziell eine größere Fallzahl der neuartigen Viruserkrankung gemeldet (<https://www.who.int/news-room/detail/27-04-2020-who-timeline---covid-19>). Inzwischen hat sich das Coronavirus innerhalb weniger Monate zu einer Pandemie mit massiven globalen Auswirkungen entwickelt. Bislang sind weltweit über 3,5 Millionen Menschen positiv auf das Virus getestet worden und über 200.000 Todesfälle sind bekannt. (<https://www.nzz.ch/international/coronavirus-weltweit-die-neusten-entwicklungen-ld.1534367>). Die notwendigen Maßnahmen, die getroffen werden, um eine Verbreitung einzudämmen, haben in vielen Ländern der Welt große Auswirkungen auf das gesellschaftliche und private Leben der Menschen. Einer Rückkehr zur Normalität stehen insbesondere Sorgen um erneute Infektionswellen entgegen. Die Pandemie strapaziert und überfordert

teilweise die Gesundheitswesen etlicher Industrienationen wie Italien, Spanien oder der USA stark. Viele ärmere Staaten, insbesondere die Länder Asiens, Afrikas oder Südamerikas sind allerdings noch viel schlechter gegen SARS-CoV-2 und seine Folgen gewappnet. Es fehlt dort an medizinischem Fachpersonal, Krankenhausausrüstung, Schutzkleidung und oft auch an Möglichkeiten, dringend erforderliche Maßnahmen der sozialen Distanz umzusetzen, um die Neuinfizierungen einzudämmen. Gerade diese Staaten sind nun mehr denn je auf internationale Solidarität angewiesen.

Die ökonomischen Einbußen, die durch die Ausbreitung der Erkrankung entstehen, sind bereits jetzt enorm und die Weltwirtschaft leidet unter der sinkenden Wettbewerbsintensität. Weltweit wird nun mit Hochdruck an einem Impfstoff gegen das Coronavirus geforscht. Bei einer von der EU-Kommission initiierten Geberkonferenz sagte Ursula von der Leyen eine Milliarde Euro zur Entwicklung eines Impfstoffs zu. Deutschland beteiligte sich mit 525 Millionen Euro. Zeitgleich wollen die USA mit dem von Präsident Trump vorgestellten Programm "Operation Warp Speed" eigene Impfstoffforschung betreiben (<https://www.spiegel.de/politik/ausland/corona-krise-eu-verspricht-eine-milliarde-euro-fuer-entwicklung-von-impfstoff-a-2f634df2-92fb-4336-90b7-047388c5777c>). Laut Einschätzung der WHO wird es etwa 15 bis 18 Monate dauern, bis ein Wirkstoff gefunden wird.

Dass einer solchen Herausforderung ausschließlich global begegnet werden kann, ist evident. Dazu gehören neben konsentierten Maßnahmen auch gegenseitige Hilfsleistungen und der transparente Wissenstransfer. Nur die Weltgemeinschaft als Ganzes kann nachhaltige Lösungen für den Umgang mit der Pandemie finden. Dabei spielen internationale Organisationen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine wichtige und unverzichtbare Rolle.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, wann das Virus erstmals auf den Menschen übersprang sowie wo und auf welchem Wege diese Übertragung stattfand. Im Gegenteil: Es kursiert eine Vielzahl an Theorien, die zur Verunsicherung der Öffentlichkeit beitragen. Oberstes Interesse muss nach wie vor darin liegen, den Ursprung des Ausbruchs des Virus schnellstmöglich zu erforschen und transparent offen zulegen. Im Falle des mittelöstlichen Atemwegssyndroms (Mers) geht man inzwischen davon aus, dass Dromedare, die zuvor von Fledermäusen infiziert wurden, das Mers-Virus in 2012 erstmals auf den Menschen übertragen haben (<https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2020-02/coronavirus-ansteckung-tiere-fledermaus-ausbreitung-viren/komplettansicht>). Nur wenn Ursprung und Herkunft von Coronaviren bestmöglich erforscht werden können, ist es möglich, das weltweite Risiko durch SARS-CoV-2 sowie das Risiko einer Verbreitung ähnlicher Krankheiten zu verringern oder ganz zu verhindern. Dies liegt nicht nur im Interesse Deutschlands und der EU, sondern im Interesse der gesamten Weltbevölkerung.

Da COVID-19 erstmals in der Volksrepublik China auftrat, kommt der chinesischen Regierung in der Frage des Ursprungs und der Erforschung des Virus eine besondere Verantwortung zu. Die chinesische Regierung muss deshalb alles in ihrer Macht stehende tun, um der internationalen Gemeinschaft schnellstmöglich zu validen Erkenntnissen über Ursprung und Verbreitung des Virus zu verhelfen. Das bedeutet auch, internationalen Experten Zugang zu allen relevanten Daten, Informationen, Personen und Orten zu gewähren. In dieser Hinsicht gab es bislang kein Entgegenkommen der chinesischen Regierung, die Kommunikation bezüglich der Pandemie unterliegt laut Medienberichten strenger Zensur (<https://www.tagesschau.de/inland/reporter-ohne-grenzen-china-corona-101.html>).

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. gegenüber der chinesischen Regierung in bilateralen Gesprächen und in multilateralen Formaten maximale Transparenz bei der Aufklärung der Herkunft und Verbreitung des Coronavirus in der chinesischen Provinz Wuhan einzufordern und sich gegenüber der chinesischen Regierung mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass internationale Experten Zugang zu allen relevanten Informationen, Daten, Personen und Orten erhalten, die für eine Analyse der Ursachen und Verbreitung von SARS-CoV-2 in China relevant sind;
2. sich für die Berufung einer internationalen Taskforce zur Erforschung des Ursprungs und der Verbreitung von SARS-CoV-2 in China als Ausgangspunkt für die Pandemie einzusetzen. Eine solche Taskforce sollte unter dem Dach der Vereinten Nationen angesiedelt und unter dem Vorsitz einer international respektierten Persönlichkeit mit unabhängigen Experten besetzt und mit einem starken Mandat ausgestattet werden;
3. die Schwachstellen des Informationsaustausches mit der Volksrepublik China bezüglich der SARS-CoV-2-Pandemie vollständig aufzuklären;
4. in Kooperation mit den europäischen Partnerstaaten aufzuarbeiten, ob und wie China im Rahmen der Bereitstellung von Hilfslieferungen Einfluss auf EU-Staaten sowie Drittstaaten genommen hat;
5. schnellstmöglich gemeinsam mit den europäischen und internationalen Partnern den intensiven Austausch mit den USA bei der Impfstoffforschung zu suchen, um bestenfalls in Kooperation und mit vereinter wissenschaftlicher Expertise zeitnah einen Impfstoff zu entwickeln;
6. gemeinsam mit ihren internationalen Partnern die SARS-CoV-2-Pandemie immer wieder im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf die Tagesordnung zu setzen und Arbeitsgruppen zur Bewältigung der Pandemie zu initiieren;
7. sich im Rahmen der Bekämpfung von SARS-CoV-2 verstärkt für multilaterale Lösungen einzusetzen;
8. sich im Nachgang der Pandemie auf europäischer Ebene über die Stärken und Schwächen der EU im Umgang mit der Pandemie auszutauschen;
9. sich nach Überwindung des Höhepunkts der Corona-Pandemie als WHO-Mitgliedsland dafür einzusetzen, dass die WHO im Zuge einer Krisenbilanz eine Kommission aus unabhängigen und externen Experten beauftragt, das Handeln und die Kommunikation der Organisation in den ersten Monaten der Corona-Pandemie zu evaluieren und in diesem Zusammenhang Reformvorschläge vorzulegen, mit dem Ziel die Rolle der WHO gegenüber den einzelnen Mitgliedsstaaten zu stärken und unabhängiger zu machen;
10. sich im Rahmen einer Reform der WHO für die Einführung einer "responsibility to report" einzusetzen, die die eigenverantwortliche Meldepflicht ebenso wie die wahrheitsgemäße Berichterstattung als völkerrechtlichen Grundsatz festschreibt.

Berlin, den 26. Mai 2020

Christian Lindner und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.